

## Helmut Kohl: Mein Kandidat ist Volker Rühle

Der Bundesparteitag der CDU in Bremen steht im Vorfeld des Jahres 1990 mit acht Wahlen. Wir haben außerdem noch in diesem Jahr, wie Sie wissen, zwei Kommunalwahlen. Für uns ist es wichtig, daß sich die Partei mit ihrer ganzen Kraft auf diese wichtigen Entscheidungen einrichtet. Die jüngsten Meinungsumfragen zeigen, daß eine für uns ermutigende Entwicklung im Gang ist, erklärte der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf einer Pressekonferenz in Bonn am 22. August 1989.

Auf dem Bremer Parteitag stehen viele wichtige Themen an, die ich jetzt nicht behandeln will, aber auch die Neuwahl der CDU-Führungsspitze. Ich selbst werde wieder für das Amt des Bundesvorsitzenden kandidieren.

Für den Fall meiner Bestätigung im Parteivorsitz habe ich mich entschieden, Heiner Geißler nicht wieder für das Amt des CDU-Generalsekretärs vorzuschlagen. Diese Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen. Sie ist das Ergebnis langer und auch intensiver Überlegungen, denn jeder von Ihnen weiß: Ich habe mit Heiner Geißler, wenn ich die Mainzer Regierungsjahre noch hinzuzähle, fast 20 Jahre lang eng zusammengearbeitet. In dieser Zeit hatten wir auch Schwierigkeiten miteinander gehabt. Wie sollte es anders sein? Doch unsere lange und gemeinsame Wegstrecke ist gekennzeichnet durch viele gemeinsame Erfolge. Aber wahr ist auch, daß wir gemeinsame Niederlagen erlitten haben.

(Fortsetzung auf Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

- **Heiner Geißler:**  
Ich gebe mein Engagement für die CDU nicht auf. Seite 3
- **Bundesregierung**  
Helmut Kohl: Die deutsche Frage steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Seite 4
- **Beschäftigung**  
Offensive für Teilzeitarbeit: Vielen arbeitsuchenden Menschen könnte geholfen werden. Seite 7
- **Soziales**  
Durch die Steuerreform erhöht sich auch die Arbeitslosenunterstützung. Seite 9
- **Behinderte**  
Werkstattgespräch Behindertenpolitik: Ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Seite 12
- **Öffentlichkeitsarbeit**  
Außenwerbung im Kommunalwahlkampf. Seite 14
- **Dokumentation**  
Klaus Töpfer: Mehr Umweltschutz durch Ausbau der ökologischen Marktwirtschaft. Grüner Teil



(Fortsetzung von Seite 1)

Ich war nie einer von denen, die Wahlunterlagen auf andere abgeschoben haben. Ich war immer der Meinung — ich erinnere Sie an meine Äußerung 1980 nach der Bundestagswahl, damals im Verhältnis zu Franz Josef Strauß —: Wir haben gemeinsam gekämpft und gemeinsam verloren. Wir haben oft genug auch gemeinsam gewonnen.

Ich habe Respekt vor der Leistung Heiner Geißlers als CDU-Generalsekretär. Die Partei, die Union hat Heiner Geißler viel zu verdanken. Ich werde das auch beim Bundesparteitag in Bremen noch einmal sehr deutlich sagen und ihm für seinen Dienst in der Partei, für die Partei den Dank der CDU aussprechen.

Wenn ich heute, nachdem Heiner Geißler das Amt des Generalsekretärs zwölf Jahre bekleidet hat, für die bevorstehende Wegstrecke einen anderen, einen neuen Kandidaten benenne, dann hat das mit einer politischen Kursänderung überhaupt nichts zu tun. Ich bekräftige erneut, was ich schon oft erklärt habe: Solange ich Parteivorsitzender bin, wird die CDU von ihrem Kurs als Volkspartei der Mitte nicht abweichen. Daß es dabei bleibt, dafür steht auch mein Kandidat für das Amt des Generalsekretärs der Partei.

Mein Kandidat ist Volker Rühle. Volker Rühle kennt unsere Partei sehr genau. Er ist seit 26 Jahren Mitglied der CDU und hat der Partei in den unterschiedlichsten Funktionen auf den verschiedensten Ebenen gedient. Er gehörte dem Bundesvorstand der Jungen Union an und ist Mitglied des Landesvorstands der CDU Hamburg. Er war Mitglied des Hamburger Landesparlaments. Er war dort lange stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher in den Fragen der Schulen und Hochschulen. Volker Rühle gehört dem Deutschen Bundestag seit 13 Jahren an. Seit 1982 ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und befaßt sich mit der Koordination im Felde der Außen-, der Deutschland-, der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik.

Er ist 46 Jahre alt. Er ist damit ein Repräsentant einer Generation, die in der CDU jetzt nach meinem Willen viel stärker verantwortliche Aufgaben übernehmen muß. Ich bin absolut sicher, daß Volker Rühle der schwierigen Aufgabe des CDU-Generalsekretärs voll gewachsen ist und daß er, wie es im Statut der Christlich Demokratischen Union Deutschlands heißt, den Vorsitzenden bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen und im Einvernehmen mit ihm die Geschäfte der Partei führen wird.

## Terminänderung:

### **Auftakt zum Kommunalwahlkampf '89 am 2. September in Köln**

Entgegen dem ursprünglichen Plan, den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf am 1. September 1989 in der Düsseldorfer Stadthalle zu eröffnen, wird der Auftakt im Rahmen des Kommunalkongresses der KPV in Köln (**Messe, Congress-Zentrum Ost**) am 2. September 1989 veranstaltet.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung spricht der Landesvorsitzende der CDU NRW, Norbert Blüm, um 10 Uhr. Nach ihm spricht um 11 Uhr der Bundesvorsitzende der CDU, Helmut Kohl.



# Heiner Geißler: Ich gebe mein Engagement für die CDU nicht auf

**Generalsekretär Heiner Geißler hat auf einer Pressekonferenz in Bonn am Montag, dem 21. August 1989, die Entscheidung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl, ihn dem Bundespartei-tag in Bremen nicht wieder für das Amt des Generalsekretärs vorzuschlagen, bedauert und dazu erklärt:**

„Ich sehe in dieser Entscheidung, die mir gegenüber auch nicht näher begründet worden ist, ein Signal in die falsche politische Richtung. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, daß die Christlich Demokratische Union auch in der Regierungskoalition ihr eigenständiges Profil als Volkspartei der Mitte bewahrt. Und es ist nach dem Willen der Partei auch immer die Aufgabe des Generalsekretärs gewesen, dafür zu sorgen, daß die Christlich Demokratische Union eine eigenständige Partei in der Regierungskoalition bleibt und nicht zu einem Erfüllungsgehilfen der Regierungsarbeit wird. Eine schwierige Aufgabe, die ja gleichzeitig damit verbunden ist, die Regierung zu unterstützen. Ich glaube, ich habe beide Aufgaben immer versucht zu verwirklichen.

Ein falsches Signal auch deswegen, weil es unbestritten ist, daß ich mich immer dafür eingesetzt habe und die Auffassung vertreten habe, daß die CDU nur dann eine Chance hat, in der Zukunft mehrheitsfähig zu bleiben, wenn sie modern und aufgeschlossen bleibt für moderne Fragen und Antworten, wieder zum Ansprechpartner wird für junge Menschen, für Arbeitnehmer, für Frauen — mehr, als dies in den vergangenen Zeiten in den Wahlen zum Ausdruck gekommen ist.

Ich habe rechtzeitig darauf hingewiesen, daß die Christlich Demokratische Union bei der letzten Bundestagswahl bei den unter 45jährigen, bei den Frauen, also bei jungen Leuten, keine Mehrheit mehr hatte. Es gehört zu den Aufgaben des Generalsekretärs, Vorschläge zu erarbeiten und die Vorschläge zu präzisieren, die nach seiner Auffassung geeignet sind, diese Mehrheit wieder zu gewinnen.

Eine politische Partei, die die Jugend verliert, verlieren würde, ist natürlich in ihrer Existenzfrage für die Zukunft gefährdet. Dies alles sind politische Existenzfragen einer Partei, die sie beantworten muß, wenn sie lebensfähig bleiben will.

Ich habe mich auch immer für eine klare und kompromißlose Abgrenzung eingesetzt gegenüber dem Radikalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt auch für den Rechtsradikalismus, auch in ganz besonderer Weise wegen der jüngsten politischen Entwicklung. Ich bin aus diesem Grunde auch immer wieder Gegenstand von Angriffen von rechts gewesen. Ich bleibe dabei, daß die Christlich Demokratische Union den Rechtsradikalismus nicht dadurch bekämpfen kann, daß man dessen Themen aufgreift oder hochredet.

Also auch aus diesem Grund — weil es jedermann weiß — ein Signal für eine falsche politische Richtung. Ich muß in dieser Entscheidung leider auch den Versuch sehen — zumindest wird dann unweigerlich der Eindruck erweckt —, mich für die Wahlniederlagen der letzten Zeit verantwortlich zu machen, unbeschadet der doch allgemein bekannten Tatsache, daß das Erscheinungsbild einer Par-

*(Fortsetzung auf der nächsten Seite)*



**Bundeskanzler Helmut Kohl:**

# Die deutsche Frage steht nach wie vor auf der Tagesordnung

**Bundeskanzler Helmut Kohl gab am 22. August 1989 vor der Bundespressekonferenz in Bonn folgende Erklärung zur Deutschlandpolitik und zum Problem der wachsenden Zahl von Flüchtlingen aus der DDR in die Bundesrepublik ab:**

**1** Wir alle sind in diesen Wochen durch die Berichte und Bilder aus Budapest und Ost-Berlin aufgewühlt, die uns vor Augen führen, wie Männer, Frauen und Kinder — unsere deutschen Landsleute — einen Weg in die Freiheit suchen.

Niemanden in unserem Land darf das Schicksal dieser Menschen gleichgültig lassen. Das muß auch die Bereitschaft einschließen, diejenigen, die zu uns kommen, mit offenem Herzen aufzunehmen.

*(Fortsetzung von der vorherigen Seite)*

teils als Regierungspartei natürlich auch in erster Linie abhängig ist vom Erscheinungsbild des von der Partei gestellten Regierungschefs.

Ich gebe trotz dieser Entscheidung mein Engagement für die Christlich Demokratische Union natürlich nicht auf. Die Arbeit geht weiter. Und ich bin davon überzeugt, daß in dieser Partei eine lebendige Kraft für eine offene und freie Diskussion besteht, eine lebendige und offene Kraft, die modernen Fragen mit den richtigen Antworten zu versehen, und

Die Bundesregierung tut alles, was in ihren Kräften steht, um den betroffenen Menschen zu helfen.

Ich füge jedoch hinzu: Niemand sollte versuchen, aus dieser schwierigen Lage parteipolitisches Kapital zu schlagen. Wenn wir im Interesse der Menschen zu einer Lösung kommen wollen, erfordert dies Verantwortungsbewußtsein auf allen Seiten. Darin möchte ich ausdrücklich auch die Medien einschließen.

**2** Für die jetzt entstandene Lage trägt ausschließlich die DDR-Führung die Verantwortung. Wir werden sie daraus nicht entlassen. Alle müssen wissen — auch die Zufluchtsuchenden —, daß nicht die Bundesregierung über ihre Ausreise entscheiden kann, sondern nur die DDR. Ohne die DDR wird sich eine Lösung auch in Budapest nicht finden lassen. Dabei möchte ich an dieser Stelle aus-

daß sich diese lebendige und offene Kraft auch durchsetzen wird.

Ich glaube, daß in dieser Entscheidung — so bedauerlich sie ist — auch eine Chance liegt, daß jetzt ein intensiver Diskussionsprozeß in der CDU über das Selbstverständnis und über die Richtung der Christlich Demokratischen Union entsteht und auch darüber, wie die kommenden Wahlen in diesem Jahr, beginnend mit den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und beendet mit den Bundestagswahlen im nächsten Jahr — wieder gewonnen werden können.“



drücklich die konstruktive Haltung der ungarischen Regierung hervorheben.

Die Bundesregierung steht mit der Führung der DDR in Kontakt. Ich habe mich — wie Sie wissen — persönlich an Generalsekretär Honecker gewandt. Kanzleramtsminister Seiters hat am Freitag Gespräche in Ost-Berlin geführt.

Wir werden auch weiterhin alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen, um die SED-Führung zu einer raschen und für die betroffenen Menschen akzeptablen Lösung zu bewegen. Nicht Rechthaberei, sondern Menschlichkeit ist jetzt gefragt.

**3** Ich selbst bin sofort zu einer Begegnung mit Generalsekretär Honecker bereit, wenn damit weitreichende und dauerhafte Erleichterungen für die Menschen erreicht werden können.

**4** Die Bundesregierung ist entschlossen, an ihrer bisherigen Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit der DDR im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten festzuhalten. Wir wünschen keine Konfrontation.

Die DDR-Führung muß jedoch wissen, daß eine Fortdauer des jetzigen Zustandes die beiderseitigen Beziehungen erheblich belasten kann. Daran können beide Seiten nicht interessiert sein.

Zugleich erinnern wir die DDR-Führung mit allem Nachdruck an die strikte Einhaltung ihrer Verpflichtungen aus dem KSZE-Prozeß. Dazu gehört auch die umfassende Gewährung von Freizügigkeit. Je mehr Menschen reisen dürfen, desto besser für die Gesamtsituation.

Der gesamteuropäische Prozeß ist ein Ganzes. Die DDR kann nicht einerseits die enge Zusammenarbeit beispielsweise mit der Europäischen Gemeinschaft suchen und andererseits in humanitären Fragen eine Haltung praktizieren, die dem Geist und Buchstaben der

KSZE-Verpflichtungen zuwiderläuft. Von deutschem Boden dürfen auch keine Flüchtlingsströme mehr ausgehen.

**5** Diese KSZE-Verknüpfung gilt analog auch für den bilateralen Bereich. Gerade diese Bundesregierung hat die Zusammenarbeit mit der DDR auf breiter Grundlage fortentwickelt — ich nenne nur den Verkehr, den Umweltschutz, aber auch die wirtschaftlich-industrielle Kooperation.

Wir sind — ich sage dies ausdrücklich auch an dieser Stelle und zu dieser Zeit — bereit, diese Zusammenarbeit konsequent fortzusetzen, denn sie kommt letztlich den Menschen in der DDR zugute. Diese Zusammenarbeit war und ist aber eng verknüpft mit den humanitären Fragen, die für uns im geteilten Deutschland eine elementare Rolle spielen. Diese Balance darf nicht in Frage gestellt werden.

**6** Die Bundesregierung hat stets deutlich gemacht, daß niemand an einer krisenhaften Entwicklung in der DDR mit möglicherweise verhängnisvollen Folgen für ganz Europa ein Interesse haben kann. Die DDR-Führung muß sich aber fragen lassen, was sie selbst tut, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken.

Aus den Zeugnissen der Menschen, die in diesen Tagen in den Westen gelangt sind, wissen wir, daß es vor allem die Erstarrung des dortigen Systems und das Fehlen jeder Hoffnung auf Veränderung sind, die die Menschen dazu bringen, der DDR den Rücken zu kehren.

Wer — wie immer mehr Menschen in der DDR — für sich keine Zukunft sieht, wird auch zukünftig jedes Schlupfloch zum Entkommen als einzigen Ausweg sehen.

Es kann die DDR-Führung nicht verwundern, daß diese Stimmung in dem Maße zugenommen hat und noch zunimmt, als



sich ringsum in Osteuropa tiefgreifende Veränderungen in Richtung auf Demokratisierung, Öffnung und Reformen durchsetzen, die den Menschen neue Freiheiten bringen.

Die DDR darf sich solchen Entwicklungen nicht länger verschließen. Es reicht jetzt nicht mehr, an den Symptomen herumzukurieren.

Europa — und ich meine das ganze Europa — befindet sich in einem hoffnungsvollen Aufbruch. Es kann nicht im Interesse der DDR sein, sich hiervon zu isolieren oder gar diesen Prozeß aufhalten zu wollen. Sie muß diese historische Chance nutzen und ihren Beitrag für eine gesamteuropäische Friedensordnung leisten.

Wir — und ich meine nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern die Länder des Westens insgesamt — sind zu einer konstruktiven Zusammenarbeit über die Systemgrenzen hinweg bereit. Wir haben dies durch vielfache Initiativen, nicht nur zur wirtschaftlich-finanziellen Kooperation, sondern vor allem auch auf dem Feld von Abrüstung und Rüstungskontrolle, unter Beweis gestellt. Auch die SED-Führung sollte die Zeichen der Zeit erkennen. Ein künftiges

„Europäisches Haus“ kann nicht auf Repression gebaut, sondern muß auf dem Fundament von Freiheits- und Bürgerrechten errichtet werden.

**7** Die Entwicklung der letzten Wochen hat deutlich gemacht, daß die deutsche Frage — entgegen dem, was hier und da auch bei uns gesagt wird — nach wie vor auf der Tagesordnung der internationalen Politik steht. Der Wille der Deutschen zur Einheit in Freiheit ist ungebrochen. Was die Lösung der deutschen Frage betrifft, hier sind nicht nur die Deutschen allein gefordert. Hierbei vertrauen wir vor allem auch auf die besondere Verantwortung der drei Westmächte.

Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander ist aber zugleich ein wesentliches Element der Stabilität in Europa, das alle europäischen Staaten berührt.

In der gemeinsamen Erklärung, die Generalsekretär Gorbatschow und ich am 13. Juni in Bonn unterzeichnet haben, sprachen wir von der „vorrangigen Aufgabe“ unserer Politik, „zur Überwindung der Trennung Europas beizutragen“. Die jetzige Lage beweist die Dringlichkeit dieser Aufgabe.

## „Deutschland in Europa – Unsere Verantwortung in der Welt“

Unter diesem Motto lädt der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister **Albrecht Martin**, zur **30. Bundestagung des EAK der CDU/CSU** am 20./21. Oktober 1989 nach Nürnberg ein.

Am 20. Oktober wird nach einem einführnden Referat von Professor Heinz Duchhardt (17 Uhr) das „Theologische Abendgespräch“ mit Bundes-

minister Dr. **Gerhard Stoltenberg** und Professor **Trutz Rendtorff** (19 Uhr) einen Höhepunkt des Tages darstellen.

**Bitte fordern Sie ein ausführliches Programm an: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU**

**Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1,  
Tel. (0228) 544-302**



## Offensive für Teilzeitarbeit

# Vielen arbeitsuchenden Menschen könnte geholfen werden

**Anlässlich der Vorlage der „Offensive für mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze“ erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, Christa Thoben:**

Seit 1983 sind inzwischen 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden — dies ist ein unbestreitbarer und unübersehbarer Erfolg der Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung. Trotz dieser positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kann und muß noch weitaus mehr als bisher getan werden, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Die CDU fordert daher alle Beteiligten mit Nachdruck auf, eine Offensive für mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze zu starten.

### Mehr Phantasie und Initiativen

Eine nähere Betrachtung des Arbeitsmarktes zeigt, daß die Diskrepanz zwischen angebotenen Stellen und der Nachfrage nach Arbeit durchaus zu überwinden ist. Vielen arbeitsuchenden Menschen könnte geholfen werden, wenn der Arbeitsmarkt flexibler gestaltet wäre und so den differenzierten Bedürfnissen von Unternehmen und Arbeitnehmern Rechnung getragen werden könnte. Gerade auch von Seiten der Unternehmer ist in dieser Beziehung mehr Phantasie und Initiative erforderlich. Dies gilt in besonderem Maße für die praktische Umsetzung der vielfältigen Formen von Teilzeitarbeit. Eine nachhaltige Ausweitung der Teilzeitarbeit kann nicht nur einen spürbaren Beitrag zum Abbau der Arbeitslo-

sigkeit leisten, sie entspricht auch gleichermaßen den Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern:

- Allein 270.000 der arbeitslos gemeldeten Personen, überwiegend Frauen, sind ausschließlich an Teilzeitarbeit interessiert. Knapp 30 Prozent der Beschäftigten äußern den Wunsch nach kürzerer Arbeitszeit — auch bei entsprechenden Einkommensverlusten.
- Die Vorteile für Unternehmen, das zeigen die Erfahrungen, liegen in einer höheren Produktivität, weniger Fehlzeiten und einer geringeren Personalfluktu-ation.

Berücksichtigt man sowohl die Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmer als auch das Kriterium der Wirtschaftlichkeit auf Seiten der Unternehmen, so ergibt sich hinsichtlich des Arbeitsplatzpotentials der Teilzeitarbeit ein erstaunliches Ergebnis: Einer von McKinsey durchgeführten Untersuchung zufolge würde eine Umstellung auf Teilzeitarbeit zu rund 1,5 Millionen neuen Vollzeitarbeitsplätzen führen. Dieses Potential gilt es auszuschöpfen. Die Realität bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Mit einer Teilzeitquote von rund 15 Prozent gehören wir zu den rückständigen Ländern der westlichen Welt.

Angesichts dieser Situation kommt es darauf an, durch ein vermehrtes Angebot wirtschaftlich rentabler Teilzeitarbeitsplätze einen wesentlichen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Hier sind alle auf dem Arbeitsmarkt handelnden Gruppen gefordert.



Insbesondere die **private Wirtschaft** ist angesprochen, überkommene Denk- und Handlungsweisen zu überwinden und die Zahl von Teilzeitarbeitsplätzen drastisch zu erhöhen. Denn Teilzeitarbeitsplätze müssen zunächst von den Unternehmen angeboten werden, um dann von den Arbeitnehmern auf freiwilliger Basis nachgefragt zu werden.

### Zusätzlichen Anreiz schaffen

Um eine soziale Absicherung und die Qualität von Teilzeitarbeitsplätzen zu gewährleisten, sind auch die **Gewerkschaften** aufgefordert, ihre ablehnende Haltung zur Arbeitszeitflexibilisierung aufzugeben und Teilzeitarbeit verstärkt in die Tarifpolitik einzubeziehen. Wie das Beispiel der IG Chemie zeigt, können für beide Tarifparteien akzeptable Rahmenbedingungen zur Teilzeitarbeit vereinbart werden, die den Unternehmen genügend individuellen Gestaltungsspielraum lassen.

Die **Bundesanstalt für Arbeit** sollte den Unternehmen die Umstellung auf Teilzeitarbeit erleichtern, indem sie mit gezielten Einarbeitungszuschüssen die anfänglichen Umstellungskosten vermindert und einen zusätzlichen Anreiz für Teilzeitarbeit schafft.

### Gegen Arbeit auf Abruf

Der **öffentliche Dienst** schließlich sollte in Sachen Teilzeitarbeit eine Vorreiterrolle spielen und eine Vorbildfunktion wahrnehmen.

Mit der im Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 verankerten Gleichstellung von Vollzeit- und Teilzeitarbeitnehmern hat die CDU-geführte Bundesregierung bereits einen wichtigen Beitrag zur sozialen Aufwertung der Teilzeitarbeit geleistet. Alle Formen von Arbeit auf Abruf lehnt die CDU jedoch entschieden ab.

## Initiative zur Verkürzung der Studienzeiten

**Die Notwendigkeit einer Verkürzung von Studienzeiten auch im Hinblick auf die Arbeitsmarktchancen von Hochschulabsolventen in einem gemeinsamen Binnenmarkt ist immer wieder betont worden, nicht nur vom Bund, sondern auch und ganz besonders von Vertretern der deutschen Wirtschaft. Hier herrscht auch mit allen Bundesländern weitgehender Konsens — jedenfalls solange die Forderung allgemein und unverbindlich bleibt.**

Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Besonders begrüßenswert ist daher die kürzliche Initiative der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, zunächst zwei Studiengänge, für die der Staat unmittelbar Verantwortung trägt — Juristen- und Lehramtsausbildung —, dergestalt neu zu regeln, daß ein Studienabschluß generell nach achteinhalb Semestern möglich ist.

Konkrete Vorgaben wie Beschränkung der Pflichtlehrveranstaltungen auf 20-Semester-Wochenstunden, Abschtichtung von Lehrstoff in die Graduiertenphase bzw. das weiterbildende Studium und Begrenzung der Bearbeitungszeit für Diplom- bzw. Magisterarbeiten erscheinen als Ansatzpunkte für eine praktikable Straffung der Studienzeiten grundsätzlich überzeugend und geeignet, zumal eine solche Neuregelung der Juristen- ausbildung wohl ohne Änderung des Deutschen Richtergesetzes möglich ist.



# Durch die Steuerreform erhöht sich auch die Arbeitslosenunterstützung

Die Steuerreform, deren entscheidende dritte Stufe am 1. Januar 1990 in Kraft tritt, vermindert nicht nur die Belastung der Steuerzahler ganz erheblich. Sie wird auch positive Folgewirkungen auf andere Bereiche entfalten, von denen die Öffentlichkeit bisher noch kaum Notiz genommen hat.

1. Der neue Steuertarif wird zu beträchtlichen Erhöhungen bei der Arbeitslosenunterstützung führen. Sowohl Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe als auch Unterhaltsgeld, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld werden auf Grundlage der Nettoverdienste gezahlt. Diese errechnen sich, indem man vom zuletzt erzielten Bruttoeinkommen die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallenden gesetzlichen Abgaben abzieht.

Ein lediger, kinderloser Arbeitsloser, der zuletzt 3.500 DM verdient hatte, wird ab 1990 5,8 Prozent mehr Arbeitslosengeld erhalten:

Jahr	1989	1990
letztes Bruttoeinkommen	3 500,00	3 500,00
— Lohn- und Kirchensteuer	757,83	634,40
— Sozialabgaben	680,00	630,00
= Nettoeinkommen	2 112,17	2 235,60
× 63 %		
= Arbeitslosengeld	1 380,67	1 408,43 (+ 5,8 %)

2. Für Arbeitnehmer wird das **Wohngeld** aufgrund der Steuerreform steigen. Ab 1990 wird bei der Ermittlung des Einkommens für die Wohngeldberechnung nicht mehr der alte Werbungskostenpauschbetrag von 564 DM, sondern die

neue Arbeitnehmerpauschale in Höhe von 2.000 DM vom Bruttoeinkommen abgezogen. Auf diesem Wege kommt es in zweifacher Weise zu Verbesserungen:

- Mehr Bürger können Wohngeld beantragen, weil das für die Wohngeldberechnung maßgebende Einkommen sinkt.
- Die Höhe des gezahlten Wohngeldes steigt; bei einer Familie mit einem Verdienner z. B. um etwa 20 DM pro Monat.

Gunnar Uldall, Mitglied des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag: Wie man sieht, profitieren auch die Empfänger staatlicher Transferleistungen von der Steuerreform, nicht nur die Beschäftigten. ■

## Frauen fassen in „Männerberufen“ nur langsam Fuß

48.300 weibliche Azubis wurden 1988 in industriell-technischen Berufen verzeichnet. Dies teilt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) aufgrund einer Umfrage bei den 69 Industrie- und Handelskammern mit. Der Anteil junger Frauen in diesen Berufen erhöht sich nach wie vor nur sehr langsam: Von 14,3 Prozent im Jahre 1987 stieg er auf 14,5 Prozent Ende 1988.

Erfreulich seien die hohen Steigerungsraten in den Metall- und Elektroberufen, auch wenn der Anteil selbst noch zu gering ist. In den Berufen der Metallindustrie insgesamt (ohne Technischer Zeichner) wurden 1988 5.880 Frauen ausgebildet gegenüber 5.600 im Vorjahr. Der Anteil stieg damit von 3,2 auf 3,5 Prozent.



# Die Gesundheitsreform läuft – Norbert Blüm hat recht behalten

# NA ALSO!

Sie haben ihn beschimpft und wollten ihn fertigmachen. In einer der größten Angst- und Hetzkampagnen zogen Medizin- und Pharmedien gemeinsam mit der SPD gegen die von Bundesminister Norbert Blüm in Gang gesetzte Gesundheitsreform zu Felde.

Sie taten es wider besseres Wissen! Denn jetzt kann jeder sehen, daß Norbert Blüm richtig gehandelt hat.

Die Gesundheitsreform läuft. Die ersten positiven Ergebnisse sind für jedermann greifbar:

Die Festbeträge bewähren sich:

- Die Preise für Arzneimittel fallen. Die Pharmaindustrie hat Preise um 20 bis 30 Prozent gesenkt.
- Für rund 1 300 Medikamente muß der Patient keine Verordnungsgebühr mehr zahlen.
- Brillen sind billiger geworden. Es gibt bereits Gestelle für 20 DM.
- Auch Hörgeräte sind jetzt billiger, in Hamburg z. B. bis zu 22 Prozent.

Hätte Norbert Blüm die Reform nicht gegen erbitterten Widerstand durchgesetzt:

- wäre das Gesundheitssystem zusammengebrochen. Heute ist das Gesundheitswesen wieder sicher! Jeder Kranke erhält die ärztliche Versorgung, die er braucht.
- wären die Beiträge zur Krankenversicherung gestiegen. Heute bleiben sie stabil.
- wären die Arzneimittelpreise weiter gestiegen. Heute: Preissenkung für Arzneimittel.

»Der Sieger des Sommers heißt Norbert Blüm.« Das sagt die Ärzte-Zeitung.

Die Gewinner der Gesundheitsreform sind die Versicherten.

Die SPD hat aus parteipolitischen Gründen gegen die Gesundheitsreform gehetzt und hilfsbedürftige, kranke Menschen in Angst und Schrecken versetzt. Jetzt zeigt sich, daß die SPD wieder einmal Politik mit falschen Behauptungen gemacht hat.

# CDU



Die  
Zukunft



## Gesundheitsreformgesetz:

# Hörgeräte in Hamburg zu Preisen unterhalb des Festbetrages

**Preissenkungen bei Hörgeräten und ein Bonus für die Versicherten, das sind die Ergebnisse einer Vereinbarung, die die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) Hamburg mit der Firma „Medina-Hörgeräte“ getroffen hat.**

Rund 30 Prozent unter den bislang bestehenden Vertragspreisen und weitere acht Prozentpunkte unter den kürzlich für Hamburg festgelegten Festbeträgen für Hörhilfen bei gleichzeitiger Verdoppelung der Garantiezeit liegen in Zukunft die Durchschnittspreise für Hörgeräte, die die AOK Hamburg für ihre Versicherten bezahlt. Das ist möglich aufgrund einer Regelung im Gesundheitsreformgesetz, nach der Leistungserbringer sich gegenüber den Krankenkassen bereit erklären können, Hilfsmittel zu Preisen abzugeben, die noch unterhalb der Festbeträge liegen. Versicherte, die von dieser preisgünstigen Möglichkeit Gebrauch machen, erhalten als Anreiz für sparsame Leistungsanspruchnahme einen Bonus von ihrer Kasse. Ein solcher Bonus ist im Rahmen der Erprobungsregelungen des Gesundheitsreformgesetzes möglich.

Der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Bernhard Jagoda, begrüßt diese Regelung: „Die Hamburger Vereinbarung zeigt, daß bei Hörgeräten Preiswettbewerb auch unterhalb des Festbetrages bei voller Wahrung der Qualitätsanforderungen möglich ist. Die Fakten widerlegen die Argumente der Festbetragsgegner.“

Die Hamburger Regelung zeige die Bereitschaft der Krankenkassen, Ziele

und Inhalte der Gesundheitsreform im Interesse der Versicherten umzusetzen. Sie belege auch die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsbereitschaft mittelständischer Handwerksbetriebe.

Jagoda: „Das Hamburger Beispiel sollte Schule machen. Es sollte die Kassen anregen, neue Wege zu gehen, um eine wirtschaftliche Leistungserbringung und eine sparsame Leistungsanspruchnahme zu fördern. Das Hamburger Abkommen belegt auch, wie innovativ der Gesetzgeber mit dem Gesundheitsreformgesetz gehandelt hat.“

## Kommentar

### *Orden für „Nobbi“*

*Ein halbes Jahr ist die Gesundheitsreform in Kraft, und die Betroffenen fühlen sich noch wohl. Welch Wunder für Opposition, Ärzte-, Zahnärzte- und Apothekerverbände sowie die Pharmaindustrie. Wären die aus diesem Bereich veröffentlichten Prophezeiungen Wirklichkeit geworden, die Bundesbürger wären bereits ein Volk von Kranken, die ihre Arzneien, Arztbesuche, Brillen, Hörgeräte und ihren Zahnersatz nicht mehr bezahlen könnten. Nichts von alledem. Im Gegenteil: Die Arzneien, für die bereits die sogenannten Festbetragsregelungen in Kraft sind, wurden preiswerter, auch die Hersteller und Verkäufer von medizinischen Hilfsmitteln sind dabei, ihre Kalkulationen neu vorzunehmen.*

**aus: „Münchner Merkur“**



## Werkstattgespräch Behindertenpolitik:

# Ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

**Ausgehend vom Grundsatzprogramm der CDU, der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 18. März 1987 und dem Parteitagsschluß zum Christlichen Menschenbild stellte der Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU am 7. August 1989 auf einem Werkstattgespräch die Perspektiven und Schwerpunkte christlich demokratischer Politik für Behinderte vor.**

Unter Leitung des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, Hermann-Josef Arentz MdL, diskutierten Experten der Verbände, der Arbeitsgemeinschaften und Interessengruppen der Behinderten den Entwurf der Leitlinien der CDU zur Behindertenpolitik mit dem Titel „Behinderte Menschen — Teil unserer Gesellschaft“.

„Integration statt Isolation“, so lautet der Grundgedanke der CDU-Leitlinien zur Behindertenpolitik.

### Lob für Engagement der CDU

Alle Experten waren sich darin einig, daß die vorgelegte 16seitige Ausarbeitung trotz ihrer Kürze alle wesentlichen Aspekte einer zukunftsorientierten Behindertenpolitik enthält. Der Entwurf wies nach Ansicht der Fachleute deutlich auf die fachliche Kompetenz seiner Verfasser hin, die selbst nur „Insidern“ bekannte Problembereiche der Behindertenpolitik aufgegriffen haben. Allgemein lobten die Teilnehmer das sozialpolitische Engagement der CDU für die Belange der Behinderten, die mit sechs Millionen Betroffen-

nen immerhin zehn Prozent der Gesamtbevölkerung umfassen.

„Ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, so lautete die einhellige Meinung der Teilnehmer des Werkstattgesprächs zu den Leitlinien der CDU zur Behindertenpolitik. ■

## Behinderte Jugendliche fanden wieder Arbeit

**73 Prozent der behinderten Jugendlichen, die 1987 eine Ausbildung in einer Einrichtung zur beruflichen Eingliederung (Berufsbildungswerk) abgeschlossen hatten, standen ein Jahr später in einem Beschäftigungsverhältnis; nahezu die Hälfte der Absolventen hat sogar unmittelbar im Anschluß an die Ausbildung Arbeit gefunden.**

Nur 16,5 Prozent der Absolventen waren arbeitslos. Rund 77 Prozent der beschäftigten Rehabilitanden sind im erlernten Beruf oder entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt. Das ergab eine Befragung ehemaliger Rehabilitanden, die jetzt von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke vorgelegt wurde.

Diese Vermittlungserfolge bestätigen die berufliche Leistungsfähigkeit der Behinderten. Sie sind auch ein Erfolg für die qualifizierte und arbeitsmarktorientierte Tätigkeit der Berufsbildungswerke, in denen bundesweit etwa 10.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Dort werden behinderte Jugendliche während ihrer Ausbildung auch medizinisch, therapeutisch und pädagogisch betreut.



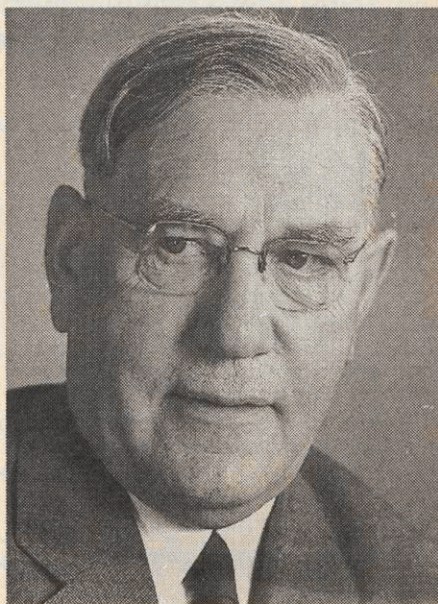
# Trauer um Heinrich Krone

**Zum Tode von Heinrich Krone erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:**

Wir trauern um Heinrich Krone. Mit ihm verliert die Bundesrepublik Deutschland eine der letzten großen Gründergestalten, die unsere Demokratie mit aufgebaut haben. Persönlich verliere ich einen Freund und Ratgeber, dem ich jahrzehntelang eng verbunden war.

Heinrich Krones Leben spiegelt die vielfältigen Brüche und Wendungen der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert. Er zählte zum Kreis jener führenden Persönlichkeiten unserer Bundesrepublik Deutschland, die bereits in der Weimarer Republik politisch tätig waren, die entschlossen für die erste deutsche Demokratie kämpften und doch deren bitteren Untergang erleben mußten. Zur Zeit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft gehörte er als Freund Jakob Kaisers zum politischen Umfeld des Widerstandes; nach dem 20. Juli 1944 wurde er verhaftet.

Die feste Verwurzelung in seinem christlichen Glauben gab Heinrich Krone Kraft, sie bestimmte auch — neben den bitteren Erfahrungen der Diktatur — sein weiteres politisches Wirken. Als Mitbegründer der Christlich Demokratischen Union Deutschlands übernahm er nach 1945 von Anfang an wieder eine aktive Rolle. In führenden Positionen diente er unserem freiheitlichen Gemeinwesen. Von 1955 bis 1961 war er Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von 1958 bis 1964 stellvertretender Parteivorsitzender der CDU, zwischen 1961 und 1966 übernahm er zunächst das



Amt eines Bundesministers für Sonderaufgaben, später wurde er Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates. Als einer der engsten Vertrauten Konrad Adenauers war er viele Jahre lang eine Schlüsselfigur der deutschen Politik. Auf seine zurückhaltende Weise prägte er die Entwicklung unserer Bundesrepublik Deutschland — mehr als vielen bewußt ist.

1969 zog sich Heinrich Krone aus der Politik zurück. Aber immer wieder wurde sein Urteil gesucht, und stets fand man bei ihm Rat und Zuspruch. In Trauer und in tiefer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem bedeutenden Politiker und einem großartigen Menschen. Die Freundschaft Heinrich Krones wird mir sehr fehlen.



# Außenwerbung im Kommunalwahlkampf

Rechtzeitig zum Kommunalwahlkampf hier wieder eine Auswahl der preiswertesten Außenwerbemittel

Nr.	Artikel	Format	Gesamthöhe	Preis je Stück
Abb. 1*	Dreieckständer (Blechprofileleisten)	A1	1,25 m	55,91 DM
	Dreieckständer (Blechprofileleisten)	A0	1,50 m	80,79 DM
Abb. 2	Dreieckständer (Stahlrohrgestänge)	A1	1,39 m	125,40 DM
	Dreieckständer mit PVC-Scheiben	A1	1,39 m	172,14 DM
	Dreieckständer mit PVC-Scheiben	A1	1,62 m	178,98 DM
	Dreieckständer (Stahlrohrgestänge)	A0	1,62 m	153,90 DM
	Dreieckständer mit PVC-Scheiben	A0	1,62 m	234,84 DM
Abb. 3a	Mastanhänger (mit PVC-Hülle) und Kunststoffträgerplatte	A1		14,25 DM
Abb. 3b	Mastanhänger mit Stahlblechplatte (durch Karabinerhaken befestigt)	A1		14,25 DM
Abb. 4*	Mastanhänger (verstärkte Ausführung) mit ölgehärteter Hartfaserplatte	A1		14,90 DM
	Neu — Schnellspannband für Mastanhänger beliebig oft wiederverwendbar (siehe Abb. 3a und 3b)			
				1,— DM

\* Die Artikel 1 und 4 werden in der Südpfalzwerkstatt für Behinderte gefertigt.



Mastanhänger mit PVC-Hülle und Kunststoffträgerplatte (3a)



Mastanhänger mit Stahlblechplatte und Karabinerhaken (3b)



Alle Preisangaben inkl. MwSt. zuzügl. Versand.

Alle Artikel sind zu diesen Konditionen nur über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, zu bestellen. Die Berechnung erfolgt direkt vom Hersteller.

**Bestellungen bitte an:**

**CDU-Bundesgeschäftsstelle**

**Abt. Information**

**Friedrich-Ebert-Allee 73—75**

**5300 Bonn 1**

**Telefon (02 28) 544-379**



Dreieckständer aus feuerverzinktem Stahlrohrgestänge (2)



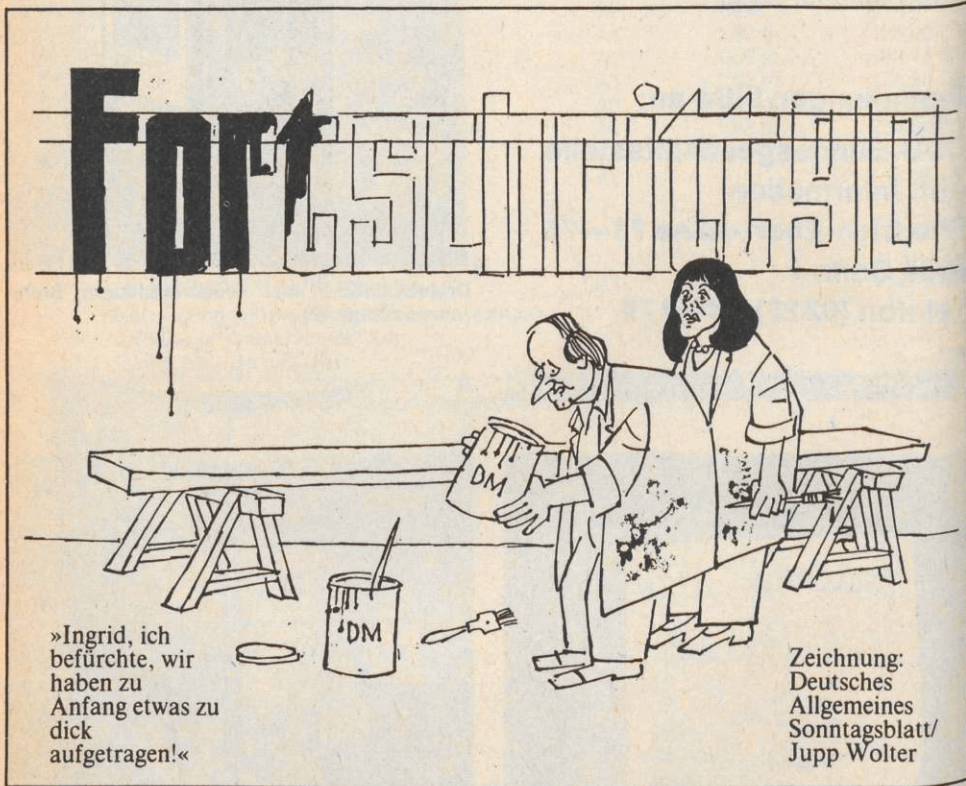
Mastanhänger, verstärkte Ausführung mit ölgehärteter Hartfaserplatte (4)



Dreieckständer aus feuerverzinkten Blechprofileisten mit ölgehärteter Hartfaserplatte (1)



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1



»Ingrid, ich befürchte, wir haben zu Anfang etwas zu dick aufgetragen!«

Zeichnung:  
Deutsches  
Allgemeines  
Sonntagsblatt/  
Jupp Wolter

# UiD

25/89

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.